Bereich 30 - Rechtsamt
Herr Sorger

Datum:
18.06.2018

Beschlussvorlage

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2018 (Amtsperiode 2019 - 2023)
hier: Beschluss über die Vorschlagsliste

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	26.06.2018	Verwaltungsausschuss
Ö	28.06.2018	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Die Verwaltung hatte mit der Vorlage VO/7800/18 eine Vorschlagsliste zur Schöffenwahl 2018 vorgelegt. Auf den Inhalt der Vorlage wird verwiesen. Im Nachgang zur Sitzung des Rates am 30.05.2018 ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Beschlussfassung des Rates zu dem TOP 16 "Zustimmung zur Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2018 (Amtsperiode 2019 - 2023) ordnungsgemäß erfolgt ist (vgl. hierzu **Anlage 1**).

Die Verwaltung hat die Frage unter Einbeziehung einer Einschätzung des Nds. Städtetages (vgl. **Anlage 2**) intensiv geprüft.

1.) Es ist nicht mit der erforderlichen Gewissheit feststellbar, ob die nach § 36 Abs. 1 Satz 2 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) erforderliche qualifizierte Mehrheit für den Ratsbeschluss am 30.05.2018 zustande gekommen ist. Nach der Vorschrift ist für die Aufnahme in die Liste die Zustimmung von zwei Dritteln der **anwesenden** Mitglieder der Gemeindevertretung, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die jeweiligen Regelungen zur Beschlussfassung der Gemeindevertretung bleiben unberührt.

Ausweislich der Anwesenheitsliste zur o.g. Ratssitzung waren zu Beginn der Sitzung 41 Mitglieder des Rates anwesend. Gemessen hieran hätte die qualifizierte Mehrheit nach § 36 Abs. 1 Satz 2 GVG bei 28 gelegen. Die Zahl der bei der maßgeblichen Abstimmung im Sitzungsraum anwesenden Ratsmitglieder ist im Rahmen der Sitzung am 30.05.2018 allerdings nicht festgestellt und damit auch nicht im Protokoll festgehalten worden. Darüber hinaus lässt sich auch unter Heranziehung der Tonaufzeichnung der Sitzung nicht ermitteln, welches Ergebnis die Auszählung der mit „ja“ abgegebenen Stimmen ergeben hat. Nachweislich festgestellt wurden lediglich die Nein-Stimmen und die Enthaltungen mit jeweils fünf Stimmen; im

Übrigen hat der Ratsvorsitzende unter Berücksichtigung der Tonaufzeichnung lediglich festgestellt, dass „mit Mehrheit beschlossen“ sei.

Für die Berechnung der qualifizierten Mehrheit von 2/3 i.S.d. § 36 Abs. 1 Satz 2 GVG sind die im Sitzungsraum anwesenden Ratsmitglieder auch dann zu berücksichtigen, wenn sie sich in keiner Form (Ja/Nein/Enthaltung) an der Abstimmung beteiligt haben, obwohl - trotz Nichtbeteiligung an der Abstimmung - ihre Anwesenheit damit unmittelbar Einfluss auf die Berechnung der notwendigen qualifizierten Mehrheit hat.

Vor diesem Hintergrund ist denkbar, dass die zwischenzeitlich kommunizierten 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis entsprechen und gleichzeitig bis zu 6 Mitglieder des Rates trotz Anwesenheit im Sitzungsraum sich nicht an der Abstimmung beteiligt haben. In diesem Fall wäre die notwendige 2/3-Mehrheit nicht erreicht worden.

Im Ergebnis kann nicht hinreichend verbindlich festgestellt werden, ob die gesetzlich erforderliche Mehrheit erreicht worden ist.

2.) Das Ehrenamt als Schöffin oder Schöffe hat im demokratischen Rechtsstaat einen hohen Stellenwert. Dieses Ehrenamt darf nicht Schaden nehmen.

Darüber hinaus muss die Aufstellung der Schöffenwahlliste rechtssicher sein. Es wäre nicht zu verantworten, wenn in der kommenden Amtsperiode der Schöffen von 2019 bis 2023 Strafprozesse daran scheitern könnten (Revisionsgrund), weil es Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Listenaufstellung bei der Hansestadt Lüneburg geben könnte.

Im Interesse des Ehrenamtes als Schöffin oder Schöffe wird daher vorgeschlagen, über die Vorschlagsliste erneut abzustimmen.

3.) Die Diskussion um einzelne Vorschläge auf der Liste hat nach § 64 Abs. 1 Satz 1 NKomVG in nichtöffentlicher Sitzung stattzufinden. Denn zwar handelt es sich um die Bewerbung auf ein öffentliches Ehrenamt. Aber es werden dann schutzwürdige Belange Einzelner berührt, wenn ihre Eignung oder Nichteignung für das Schöffenamt im Rat diskutiert werden soll.

Der Beschluss über die Vorschlagsliste ist dann in öffentlicher Sitzung zu fassen.

4.) Nach § 33 Nr. 2 GVG sollen Personen nicht zu dem Amt als Schöffe berufen werden, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden.

Der Vorschlag Nr. 51 wird vor Beginn der Wahlperiode das 70. Lebensjahr vollenden. Die Verwaltung hat daher entschieden, dass dieser Vorschlag von der Bewerberliste genommen und dem Rat nicht zur Beschlussfassung vorgeschlagen wird. Die **überarbeitete** Vorschlagsliste ist der Vorlage VO/7800/18-1 als **Anlage 3** beigefügt.

5.) Der Ratsvorsitzende hat mit Mail vom 07.06.2018 mitgeteilt, dass er den Ratsbeschluss vom 30.05.2018 "für fehlerhaft und damit ungültig" erkläre.

Ratsbeschlüsse können vom Rat selbst aufgehoben werden, der Ratsvorsitzende ist hierzu nicht befugt. Vor dem Hintergrund, dass nicht zweifelsfrei feststellbar ist, ob in der Sitzung des Rates am 30.05.2018 eine Beschlussfassung des Rates mit der gesetzlich vorgeschriebenen Mehrheit gefasst wurde oder nicht, wird empfohlen, eine neutralisierende Beschlussfassung des Rates herbeizuführen.

Dies vorausgeschickt, wird vorgeschlagen, die Angelegenheit in zwei Tagesordnungspunkte aufzuteilen:

1.) TOP 6.1 Vorlage VO/7800/18-1

Die von der Verwaltung vorbereitete Vorschlagsliste wird in nichtöffentlicher Sitzung gemäss § 64 Abs. 1 Satz 1 NKomVG beraten.

2.) TOP 6.2 Vorlage VO/7800/18-2

a) Der Ratsbeschluss vom 30.05.2018 zur Vorlage VO/7800/18 wird vorsorglich aufgehoben.

b) Die vom Rat unter TOP 6.1 erstellte Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2018 (Amtsperiode 2019 – 2023) wird in öffentlicher Sitzung gemäß § 36 Abs. 1 Satz 2 GVG beschlossen.

Beschlussvorschlag:

a) Der Ratsbeschluss vom 30.05.2018 zur Vorlage VO/7800/18 wird vorsorglich aufgehoben.

b) Die vom Rat unter TOP 6.1 erstellte Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2018 (Amtsperiode 2019 – 2023) wird in öffentlicher Sitzung gemäß § 36 Abs. 1 Satz 2 GVG beschlossen

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

a) für die Erarbeitung der Vorlage:

aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.

b) für die Umsetzung der Maßnahmen:

c) an Folgekosten:

d) Haushaltsrechtlich gesichert:

Ja

Nein

Teilhaushalt / Kostenstelle:

Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Anlage 1: E-Mails des Ratsvorsitzenden v. Nordheim vom

a) 07.06.2018

b) 13.06.2018

Anlage 2: E-Mail des NST vom 15.06.2018

Anlage 3: bleibt frei

Anlage 4: Wortlaut der §§ 28 – 58 GVG

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Moßmann, Markus

Von: Kibscholl, Stefanie
Gesendet: Donnerstag, 14. Juni 2018 10:22
An: wolf.vonnordheim@t-online.de
Betreff: AW: Abstimmung über Vorschlagsliste Schöffenwahl

Sehr geehrter Herr von Nordheim,

Ihre E-Mail vom 13.06.2018, 16:21 Uhr an Herrn Oberbürgermeister Mädge ist eingegangen. Der rechtliche Hintergrund Ihrer Eingabe wird derzeit geprüft. Sie erhalten weitere Nachricht, bis dahin bitte ich Sie um ein wenig Geduld.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Stefanie Kibscholl
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters

HANSESTADT LÜNEBURG
Der Oberbürgermeister
- Büro des Oberbürgermeisters -
Am Ochsenmarkt 1 · 21335 Lüneburg · Rathaus · Eingang A
Tel: 04131 309-3127 · Fax: 04131 309-3109
stefanie.kibscholl@stadt.lueneburg.de · www.lueneburg.de

Sicherheitshinweis für Dateianhänge: Wenn Sie uns Dokumente schicken möchten, verwenden Sie bitte nur die Formate PDF, RTF, TXT, ODS, ODT.

Von: von Nordheim [<mailto:wolf.vonnordheim@t-online.de>]
Gesendet: Mittwoch, 13. Juni 2018 16:21
An: Mädge, Ulrich
Cc: 'runkel@uni-lueneburg.de'; 'rainer.mencke@mencke-naturstein.de'; 'birte.schellmann@fdp-lueneburg.de'; 'Ulrich Blanck'; 'david.amri@dielinke-lueneburg.de'; 'klaus-dieter.salewski@t-online.de'
Betreff: Abstimmung über Vorschlagsliste Schöffenwahl
Wichtigkeit: Hoch

[An Herrn OB U.Mädge mit Bitte um Eingangsbestätigung](#)
Nachrichtlich an die Fraktionsvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
vN.OBFraktionsvors. 13.06.2018

Az.18-53

In Ihrer Eigenschaft als rechtsaufsichtführender HVB zeige ich Ihnen zu meiner Entlastung an, dass ich als Ratsvorsitzender auch nach den Ausführungen Ihres Herrn Moßmann vom 07.06.18 weiterhin die Abstimmung über die Vorschlagsliste zur Schöffenwahl 2018 (TOP 16, 30.05.18) für fehlerhaft, daher ungültig und also für zu wiederholen halte.

Begründung:
Ob in der Abstimmung das bundesgesetzlich geforderte Zweidrittel-Quorum der Anwesenden erreicht wurde, ist nicht mehr zweifelsfrei feststellbar.

Denn:
Weder Sie noch ich haben vor der Abstimmung eine von der Anwesenheitsliste abweichende Zahl der anwesenden Abstimmungsberechtigten festgestellt und zu Protokoll gegeben.

Somit schwankt – je nach Annahme/Vermutung, wovon Herr Moßmann zwei mögliche anstellte- die Zahl der anwesenden Abstimmungsberechtigten zwischen 35 und 41.

Entsprechend variiert das geforderte Zweidrittel-Quorum von 24 bis 28 Ja-Stimmen.

Wären bis zu 37 Abstimmungsberechtigte anwesend, hätte das Quorum 25 betragen (es wäre somit durch die 25 abgegebenen Ja-Stimmen erreicht worden) – aber falls 38 oder mehr Abstimmungsberechtigte anwesend waren, hätte das Quorum 26 oder mehr betragen, und wäre mit nur 25 abgegebenen Ja-Stimmen verfehlt worden.

Das von Herrn Moßmann zitierte Urteil bezieht sich auf einen von der Sitzung regulär Ausgeschlossenen, trägt also zur Klärung der Situation am 30.05.18 nichts bei.

Seine Wertung der Nichtteilnahme Anwesender an der Abstimmung als Ja-Stimmen halte ich für absurd – das genaue Gegenteil wäre zumindest psycho-logisch.

Da nach Abschluss des TOPs und Schluss der Ratssitzung die Zahl der anwesenden Abstimmungsberechtigten nicht mehr feststellbar ist, halte ich eine Wiederholung der Abstimmung für unabdingbar.

Ich weise darauf hin, dass in der späteren Schöffentätigkeit von Frauen und Männern aus dieser Liste die Anzweifelbarkeit einer korrekten Aufstellung der Liste einen Revisionsgrund gegen Urteile liefern kann, an deren Zustandekommen diese Frauen und Männer als Schöffen mitwirkten.

Mit freundlichen Grüßen
v.Nordheim

Wolf v.Nordheim,
Vorsitzender des Stadtrates Lüneburg
Hansestr. 3, 21337 Lüneburg
wolf.vonnordheim@rathaus-aktuell.de
04131/7216165 - - 0172/8887490

Von: von Nordheim [mailto:wolf.vonnordheim@t-online.de]

Gesendet: Donnerstag, 7. Juni 2018 13:22

An: 'Mädge, Ulrich'

Cc: 'runkel@uni-lueneburg.de'; 'rainer.mencke@mencke-naturstein.de'; 'birte.schellmann@fdp-lueneburg.de'; 'Ulrich Blanck'; 'david.amri@dielinke-lueneburg.de'; 'klaus-dieter.salewski@t-online.de'

Betreff: Abstimmung über Vorschlagsliste Schöffenwahl ungültig

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
vN.OBFraktionsvors. 07.06.2018

Az.18-48

in der Ratssitzung am 30.5.18 oblag mir die Sitzungsleitung, Ihnen die Rechtsaufsicht.

Sowohl Ihnen als auch mir ist in ein wenig turbulenten Debatte und Abstimmungssituation etwas wichtiges entgangen:

Lt. Gesetz bedarf es für die Zustimmung zu der Vorschlagsliste der Schöffinnen und Schöffen der Zweidrittelmehrheit der Anwesenden.

Anwesend waren lt. Anwesenheitsliste 40 Ratsmitglieder und Sie, also 41 Abstimmungsberechtigte.

2/3 von 41 sind 27,34 - also wäre erst mit 28 Ja-Stimmen die nötige Zweidrittelmehrheit erreicht gewesen.

Tatsächlich wurden aber von Ihnen und mir 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen gezählt.

Dies bedeutet zweierlei:

1. Die nötige Zweidrittelmehrheit für die Zustimmung zu der Vorschlagsliste der Schöffinnen und Schöffen wurde nicht erreicht.
2. Sechs Mitglieder des Rates haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Ich erkläre daher in Korrektur meines Fehlers in der Sitzungsleitung die Abstimmung über TOP 16 der Ratssitzung am 30.05.18 für fehlerhaft und damit ungültig.

Ich ersuche Sie hiermit, in fristenwahrender Form und Weise zur „Zustimmung zur Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2018“ eine Ratssitzung einzuberufen, ggf. diesen TOP auf die Tagesordnung der nächste Ratssitzung zu setzen.

Ich bitte darum, den Eingang dieses Schreibens kurz zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

v.Nordheim

Wolf v.Nordheim,
Vorsitzender des Stadtrates Lüneburg
Hansestr. 3, 21337 Lüneburg
wolf.vonnordheim@rathaus-aktuell.de
04131/7216165 -- 0172/8887490

Moßmann, Markus

Von: Mädge, Ulrich
Gesendet: Freitag, 15. Juni 2018 20:23
An: Moßmann, Markus; Sorger, Wolfgang
Betreff: WG: Schöffensliste, hier: Nichtöffentliche Sitzung

Von: Wittkop@NST.de [mailto:Wittkop@NST.de]
Gesendet: Freitag, 15. Juni 2018 15:14
An: Mädge, Ulrich
Cc: Arning@NST.de
Betreff: Schöffensliste, hier: Nichtöffentliche Sitzung

Sehr geehrter Herr Mädge,

zunächst übersende ich Ihnen mein Vermerk zur Abstimmung und führe auf Ihre Anfrage hinsichtlich der Nichtöffentlichkeit der Sitzung folgendes aus:

Die Öffentlichkeit kann nur für einzelne Angelegenheiten ausgeschlossen werden, auch für Teile von ihnen. Von den Möglichkeiten des Ausschlusses der Öffentlichkeit darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn es das öffentliche Wohl oder das berechnigte Interesse einzelner erfordern. Berechnigte Interessen einzelner sind alle rechtlich geschützten oder anerkannten Interesse, zum Beispiel der Schutz der sensiblen Persönlichkeitssphäre, wozu aber allgemeine personenbezogene Daten, die dem Datenschutz unterfallen, nicht ohne Weiteres gehören.

Nach § 36 Abs. 2 GVG soll die Vorschlagsliste alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen. Sie muss Geburtsnamen, Familiennamen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Wohnanschrift und Beruf der vorgeschlagenen Personen enthalten.

Zur Argumentation verweise ich darauf, dass die Landesbeauftragte für den Datenschutz in Schleswig-Holstein ausdrücklich den Datenschutz nur durch nichtöffentliche Beratung in der Gemeindevertretung gewährleistet sieht (<https://www.datenschutzzentrum.de/artikel/118-Vorschlagsliste-fuer-die-Schoeffenwahl-Datenschutz-nur-durch-nichtoeffentliche-Beratung-in-der-Gemeindevertretung-gewaehrleistet.html>). Eine niedersächsische Empfehlung liegt leider nicht vor. Allerdings sind die genannten Gründe übertragbar:

1. *Zwar sind gemäß § 35 GO die Sitzungen der Gemeindevertretung grundsätzlich öffentlich. Die Öffentlichkeit ist jedoch auszuschließen, wenn berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern.*

Im vorliegenden Zusammenhang können die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der in die Vorschlagsliste aufgenommenen Personen in u.U. besonders einschneidender Art und Weise zur Sprache kommen. Im Einzelfall können sogar sensible Daten i.S.d. § 11 Abs. 3 LDSG betroffen sein.

Bevor eine Person in die Vorschlagsliste aufgenommen werden kann, ist deren Alter, Beruf und soziale Stellung zu ermitteln, da die Gemeinde gemäß § 36 Abs. 2 GVG bei der Erstellung ihrer Vorschlagsliste alle Gruppen der Bevölkerung gleichmäßig berücksichtigen soll.

Darüber hinaus regeln §§ 32 bis 34 GVG explizit Ablehnungs- bzw. Ausschlussgründe, die - sofern sie bekannt sind oder zur Sprache kommen - bereits die Aufnahme der betroffenen Person in die Vorschlagsliste verhindern. Gemäß § 32 sind beispielsweise solche Personen nicht zur Bekleidung des Schöffenamtes geeignet, denen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter durch Urteil aberkannt wurde oder gegen die ein entsprechendes Strafverfahren mit dieser Möglichkeit schwebt. Ebenso sollen gemäß § 33 GVG solche Personen nicht als Schöffen berufen werden, die etwa aus gesundheitlichen Gründen nicht zu dem Amt geeignet oder die in Vermögensverfall geraten sind.

Schließlich ist es möglich und auch wahrscheinlich, dass im Einzelfall die charakterliche Eignung einer Person für das Amt des Schöffen in der Gemeindevertretung besprochen und vielleicht sogar kontrovers diskutiert wird. Zudem muss für die Auswahl der vorzuschlagenden Kandidaten eine Bewertung der in Rede stehenden Personen im Verhältnis zueinander vorgenommen werden.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Schöffenauswahl auch Personen betrifft, die sich nicht für dieses Amt

beworben haben. Die Betroffenen haben hier nicht die Möglichkeit gehabt, zuvor zu ihrer Geeignetheit für das Schöffenamts-Stellung zu nehmen.

Dementsprechend haben die Betroffenen ein berechtigtes Interesse daran, dass die Frage ihrer Aufnahme in die Vorschlagsliste in nichtöffentlicher Sitzung beraten wird.

2. § 36 Abs. 3 GVG, der die öffentliche Auslegung der - bereits durch die Gemeindevertretung verabschiedeten - Vorschlagsliste vorschreibt, rechtfertigt kein anderes Ergebnis.

§ 36 GVG ist eine abschließende Regelung, die nur die Veröffentlichung der - bereits verabschiedeten - Vorschlagsliste vorschreibt.

Damit begrenzt diese Vorschrift zugleich die Veröffentlichung auf bestimmte Daten eines eingegrenzten Personenkreises. Dieser Personenkreis besteht ausschließlich aus den Personen, die von der Gemeindevertretung mit einer Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitglieder in die Vorschlagsliste aufgenommen wurden.

Eine Liste, die vor Abschluss der Beratungen erstellt wurde, kann jedoch auch Personen enthalten, die nicht die Zustimmung in der Gemeindevertretung finden und dementsprechend nicht in die endgültige Vorschlagsliste aufgenommen werden. In diesem Falle würden also personenbezogene Daten veröffentlicht, die über die Begrenzung des § 36 Abs. 3 GVG hinausgingen. Damit bestünde die Gefahr, dass Dritte negative Rückschlüsse auf diejenigen Personen ziehen, die eine Aufnahme in die Vorschlagsliste verfehlt haben.

Entsprechendes gilt bei der Wahl der Jugendschöffen gem. § 35 Jugendgerichtsgesetz. Auch nach dieser Vorschrift ist - ebenso wie bei § 36 GVG - lediglich die bereits verabschiedete Vorschlagsliste nach Maßgabe der Vorschrift zu veröffentlichen. Eine öffentliche Beratung der Vorschlagsliste hat auch hier zu unterbleiben. Ebenso darf die Geeignetheit der gemäß § 40 Abs. 3 GVG zu wählenden Vertrauenspersonen nur in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden.

Nach dieser Argumentation halte ich es für begründet, die Liste in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten; für den Beschluss an sich die Öffentlichkeit (wieder)herzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Wittkop
Beigeordneter

Niedersächsischer Städtetag (NST)

Prinzenstraße 17
30159 Hannover

Tel.: +49 (0) 511-36894-13

Fax: +49 (0) 511-36894-73

Mobil: +49 (0) 172-53975-13

E-Mail: wittkop@nst.de

Homepage: www.nst.de

Facebook: www.facebook.com/niedersaechsischerstaedtetag

Zur Abstimmung

§ 66 Abs. 1 Satz 1 NKomVG formuliert den Grundsatz der einfachen Abstimmungsmehrheit. Dies bedeutet – wenn keine Sonderregelungen bestehen –, dass Beschlüsse der Vertretung grundsätzlich dann zustande kommen, wenn auf einen Sachantrag mehr „Ja“- als „Nein“-Stimmen entfallen. Gemäß § 36 Abs. 1 GVG ist für die Aufnahme in die Vorschlagsliste die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Rates, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl des Rates (hier: 26 Ja-Stimmen) erforderlich.

Dabei kommt es bei Abstimmungen auf die konkrete Anzahl der rechtmäßig an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder an. Aus dieser Regelungssystematik folgt, dass Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bei der Frage, ob ein entsprechender Beschluss zustande gekommen ist, nicht berücksichtigt werden (vgl. Schwind, in: KVR Niedersachsen, § 66, Rn. 31; vgl. Thiele, NKomVG (Kommentar), § 66, Rn. 2; vgl. Koch, in: Ipsen, NKomVG (Kommentar), § 66, Rn. 1).

Nach § 66 Abs. 1 Satz 2 NKomVG liegt Stimmengleichheit nur dann vor, wenn genau gleich viele Ja- wie Nein-Stimmen vorliegen. Auch hierbei bleiben Enthaltungen und ungültige Stimmen usw. entsprechend einem

allgemeinem parlamentsrechtlichen Grundsatz außer Acht (vgl. Schwind, in: KVR Niedersachsen, § 66, Rn. 43; vgl. Koch, in: Ipsen, NKomVG(Kommentar), § 66, Rn. 1 m.w.N.).

Bei einer Abstimmung darf nur das Abstimmungsverhalten von stimmberechtigten Mitgliedern der Vertretung berücksichtigt werden. Nicht mitgezählt werden dürften beispielsweise ausgeschiedene Abgeordnete (vgl. § 52 NKomVG) oder Abgeordnete, die an der konkreten Abstimmung wegen eines Mitwirkungsverbotes (§ 41 NKomVG) oder einer verhängten Ordnungsmaßnahme (§ 63 Abs. 3 NKomVG) nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen. Diesen Ausschlussgründen ist aber gemein, dass diese Gründen vor der Abstimmung selbst feststehen.

Durch die Formulierung in § 36 Abs. 1 GVG („zwei Drittel der anwesenden Mitglieder“) müssen auch die Abgeordneten mitgezählt werden, die weder mit *Ja*, mit *Nein* oder mit *Enthaltung* gestimmt haben. Sieben Ratsmitglieder haben nicht an der Abstimmung teilgenommen, haben dies aber (leider) nicht vor der Abstimmung kenntlich gemacht oder erklärt, so dass sie im Sinne des § 36 Abs. 1 GVG anwesend waren und somit für das 2/3-Quorum berücksichtigt werden müssen. Bei den 42 Mitgliedern des Rates haben 25 für die Liste gestimmt (5 Nein-Stimmen und 5-Enthaltungen), so dass das Quorum meines Erachtens nicht erreicht wurde.

Von der Argumentation, die Ratsmitglieder haben nicht an der Abstimmung teilgenommen und waren somit nicht anwesend mit der Folge, dass lediglich 35 Personen Grundlage für die Berechnung der 2/3-Mehrheit sind, rate ich aufgrund des klaren Wortlautes der Vorschrift des § 35 Abs. 1 GVG dringend ab.

Bei der vorliegenden, diffizilen Sachlage wäre meines Erachtens aber der Ratsvorsitzende in der Pflicht gewesen, festzustellen, wer bei der Abstimmung anwesend war und wer im Folgenden an der Abstimmung teilnehmen möchte.

Anlage 3: bleibt frei

Gerichtsverfassungsgesetz (Auszug)

4. Titel - Schöffengerichte (§§ 28 - 58)

§ 28

Für die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden Strafsachen werden, soweit nicht der Strafrichter entscheidet, bei den Amtsgerichten Schöffengerichte gebildet.

§ 29

(1) 1Das Schöffengericht besteht aus dem Richter beim Amtsgericht als Vorsitzenden und zwei Schöffen. 2Ein Richter auf Probe darf im ersten Jahr nach seiner Ernennung nicht Vorsitzender sein.

(2) 1Bei Eröffnung des Hauptverfahrens kann auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Zuziehung eines zweiten Richters beim Amtsgericht beschlossen werden, wenn dessen Mitwirkung nach dem Umfang der Sache notwendig erscheint. 2Eines Antrages der Staatsanwaltschaft bedarf es nicht, wenn ein Gericht höherer Ordnung das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht eröffnet.

§ 30

(1) Insoweit das Gesetz nicht Ausnahmen bestimmt, üben die Schöffen während der Hauptverhandlung das Richteramt in vollem Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie die Richter beim Amtsgericht aus und nehmen auch an den im Laufe einer Hauptverhandlung zu erlassenden Entscheidungen teil, die in keiner Beziehung zu der Urteilsfällung stehen und die auch ohne mündliche Verhandlung erlassen werden können.

(2) Die außerhalb der Hauptverhandlung erforderlichen Entscheidungen werden von dem Richter beim Amtsgericht erlassen.

§ 31

1Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. 2Es kann nur von Deutschen versehen werden.

§ 32

Unfähig zu dem Amt eines Schöffen sind:

1. Personen, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen oder wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt sind;

2. Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen einer Tat schwebt, die den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.

§ 33

Zu dem Amt eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

1. Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden;

2. Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden;

3. Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste nicht in der Gemeinde wohnen;

4. Personen, die aus gesundheitlichen Gründen für das Amt nicht geeignet sind;

5. Personen, die mangels ausreichender Beherrschung der deutschen Sprache für das Amt nicht geeignet sind;

6. Personen, die in Vermögensverfall geraten sind.

§ 34

(1) Zu dem Amt eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. der Bundespräsident;
2. die Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung;
3. Beamte, die jederzeit einstweilig in den Warte- oder Ruhestand versetzt werden können;
4. Richter und Beamte der Staatsanwaltschaft, Notare und Rechtsanwälte;
5. gerichtliche Vollstreckungsbeamte, Polizeivollzugsbeamte, Bedienstete des Strafvollzugs sowie hauptamtliche Bewährungs- und Gerichtshelfer;
6. Religionsdiener und Mitglieder solcher religiösen Vereinigungen, die satzungsgemäß zum gemeinsamen Leben verpflichtet sind.

(2) Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere

Verwaltungsbeamte bezeichnen, die zu dem Amt eines Schöffen nicht berufen werden sollen.

§ 35

Die Berufung zum Amt eines Schöffen dürfen ablehnen:

1. Mitglieder des Bundestages, des Bundesrates, des Europäischen Parlaments, eines Landtages oder einer zweiten Kammer;
2. Personen, die
 - a) in zwei aufeinanderfolgenden Amtsperioden als ehrenamtlicher Richter in der Strafrechtspflege tätig gewesen sind, sofern die letzte Amtsperiode zum Zeitpunkt der Aufstellung der Vorschlagsliste noch andauert,
 - b) in der vorhergehenden Amtsperiode die Verpflichtung eines ehrenamtlichen Richters in der Strafrechtspflege an mindestens vierzig Tagen erfüllt haben oder
 - c) bereits als ehrenamtliche Richter tätig sind;
3. Ärzte, Zahnärzte, Krankenschwestern, Kinderkrankenschwestern, Krankenpfleger und Hebammen;
4. Apothekenleiter, die keinen weiteren Apotheker beschäftigen;
5. Personen, die glaubhaft machen, daß ihnen die unmittelbare persönliche Fürsorge für ihre Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert;
6. Personen, die das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Ende der Amtsperiode vollendet haben würden;
7. Personen, die glaubhaft machen, daß die Ausübung des Amtes für sie oder einen Dritten wegen Gefährdung oder erheblicher Beeinträchtigung einer ausreichenden wirtschaftlichen Lebensgrundlage eine besondere Härte bedeutet.

§ 36

(1) 1Die Gemeinde stellt in jedem fünften Jahr eine Vorschlagsliste für Schöffen auf. 2Für die Aufnahme in die Liste ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. 3Die jeweiligen Regelungen zur Beschlussfassung der Gemeindevertretung bleiben unberührt.

(2) 1Die Vorschlagsliste soll alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen. 2Sie muß Geburtsnamen, Familiennamen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Wohnanschrift und Beruf der vorgeschlagenen Personen enthalten.

(3) 1Die Vorschlagsliste ist in der Gemeinde eine Woche lang zu jedermanns Einsicht aufzulegen. 2Der Zeitpunkt der Auflegung ist vorher öffentlich bekanntzumachen.

(4) 1In die Vorschlagslisten des Bezirks des Amtsgerichts sind mindestens doppelt so viele Personen aufzunehmen, wie als erforderliche Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen nach § 43 bestimmt sind. 2Die Verteilung auf die Gemeinden des Bezirks erfolgt durch den Präsidenten

des Landgerichts (Präsidenten des Amtsgerichts) in Anlehnung an die Einwohnerzahl der Gemeinden.

§ 37

Gegen die Vorschlagsliste kann binnen einer Woche, gerechnet vom Ende der Auflegungsfrist, schriftlich oder zu Protokoll mit der Begründung Einspruch erhoben werden, daß in die Vorschlagsliste Personen aufgenommen sind, die nach § 32 nicht aufgenommen werden durften oder nach den §§ 33, 34 nicht aufgenommen werden sollten.

§ 38

(1) Der Gemeindevorsteher sendet die Vorschlagsliste nebst den Einsprüchen an den Richter beim Amtsgericht des Bezirks.

(2) Wird nach Absendung der Vorschlagsliste ihre Berichtigung erforderlich, so hat der Gemeindevorsteher hiervon dem Richter beim Amtsgericht Anzeige zu machen.

§ 39

1Der Richter beim Amtsgericht stellt die Vorschlagslisten der Gemeinden zur Liste des Bezirks zusammen und bereitet den Beschluß über die Einsprüche vor. 2Er hat die Beachtung der Vorschriften des § 36 Abs. 3 zu prüfen und die Abstellung etwaiger Mängel zu veranlassen.

§ 40

(1) Bei dem Amtsgericht tritt jedes fünfte Jahr ein Ausschuß zusammen.

(2) 1Der Ausschuß besteht aus dem Richter beim Amtsgericht als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Verwaltungsbeamten sowie sieben Vertrauenspersonen als Beisitzern. 2Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Zuständigkeit für die Bestimmung des Verwaltungsbeamten abweichend von Satz 1 zu regeln. 3Sie können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf oberste Landesbehörden übertragen.

(3) 1Die Vertrauenspersonen werden aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks von der Vertretung des ihm entsprechenden unteren Verwaltungsbezirks mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl gewählt. 2Die jeweiligen Regelungen zur Beschlussfassung dieser Vertretung bleiben unberührt. 3Umfaßt der Amtsgerichtsbezirk mehrere Verwaltungsbezirke oder Teile mehrerer Verwaltungsbezirke, so bestimmt die zuständige oberste Landesbehörde die Zahl der Vertrauenspersonen, die von den Vertretungen dieser Verwaltungsbezirke zu wählen sind.

(4) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn wenigstens der Vorsitzende, der Verwaltungsbeamte und drei Vertrauenspersonen anwesend sind.

§ 41

1Der Ausschuß entscheidet mit einfacher Mehrheit über die gegen die Vorschlagsliste erhobenen Einsprüche. 2Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. 3Die Entscheidungen sind zu Protokoll zu vermerken. 4Sie sind nicht anfechtbar.

§ 42

(1) Aus der berichtigten Vorschlagsliste wählt der Ausschuß mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen für die nächsten fünf Geschäftsjahre:

1. die erforderliche Zahl von Schöffen;

2. 1die erforderliche Zahl der Personen, die an die Stelle wegfallender Schöffen treten oder in den Fällen der §§ 46, 47 als Schöffen benötigt werden (Hilfsschöffen). 2Zu wählen sind Personen, die am Sitz des Amtsgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen.

(2) Bei der Wahl soll darauf geachtet werden, daß alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigt werden.

§ 43

(1) Die für jedes Amtsgericht erforderliche Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen wird durch den Präsidenten des Landgerichts (Präsidenten des Amtsgerichts) bestimmt.

(2) Die Zahl der Hauptschöffen ist so zu bemessen, daß voraussichtlich jeder zu nicht mehr als zwölf ordentlichen Sitzungstagen im Jahr herangezogen wird.

§ 44

Die Namen der gewählten Hauptschöffen und Hilfsschöffen werden bei jedem Amtsgericht in gesonderte Verzeichnisse aufgenommen (Schöffenlisten).

§ 45

(1) Die Tage der ordentlichen Sitzungen des Schöffengerichts werden für das ganze Jahr im voraus festgestellt.

(2) 1Die Reihenfolge, in der die Hauptschöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen des Jahres teilnehmen, wird durch Auslosung in öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts bestimmt. 2Sind bei einem Amtsgericht mehrere Schöffengerichte eingerichtet, so kann die Auslosung in einer Weise bewirkt werden, nach der jeder Hauptschöffe nur an den Sitzungen eines Schöffengerichts teilnimmt. 3Die Auslosung ist so vorzunehmen, daß jeder ausgeloste Hauptschöffe möglichst zu zwölf Sitzungstagen herangezogen wird. 4Satz 1 gilt entsprechend für die Reihenfolge, in der die Hilfsschöffen an die Stelle wegfallender Schöffen treten (Hilfsschöffenliste); Satz 2 ist auf sie nicht anzuwenden.

(3) Das Los zieht der Richter beim Amtsgericht.

(4) 1Die Schöffenlisten werden bei einem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (Schöffengeschäftsstelle) geführt. 2Er nimmt ein Protokoll über die Auslosung auf. 3Der Richter beim Amtsgericht benachrichtigt die Schöffen von der Auslosung. 4Zugleich sind die Hauptschöffen von den Sitzungstagen, an denen sie tätig werden müssen, unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens in Kenntnis zu setzen. 5Ein Schöffe, der erst im Laufe des Geschäftsjahres zu einem Sitzungstag herangezogen wird, ist sodann in gleicher Weise zu benachrichtigen.

§ 46

1Wird bei einem Amtsgericht während des Geschäftsjahres ein weiteres Schöffengericht gebildet, so werden für dessen ordentliche Sitzungen die benötigten Hauptschöffen gemäß § 45 Abs. 1, 2 Satz 1, Abs. 3, 4 aus der Hilfsschöffenliste ausgelost. 2Die ausgelosten Schöffen werden in der Hilfsschöffenliste gestrichen.

§ 47

Wenn die Geschäfte die Anberaumung außerordentlicher Sitzungen erforderlich machen oder wenn zu einzelnen Sitzungen die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Schöffen oder Ergänzungsschöffen erforderlich wird, so werden Schöffen aus der Hilfsschöffenliste herangezogen.

§ 48

(1) Ergänzungsschöffen (§ 192 Abs. 2, 3) werden aus der Hilfsschöffenliste zugewiesen.

(2) Im Fall der Verhinderung eines Hauptschöffen tritt der zunächst zugewiesene Ergänzungsschöffe auch dann an seine Stelle, wenn die Verhinderung vor Beginn der Sitzung bekannt wird.

§ 49

(1) Wird die Heranziehung von Hilfsschöffen zu einzelnen Sitzungen erforderlich (§§ 47, 48 Abs. 1), so werden sie aus der Hilfsschöffenliste in deren Reihenfolge zugewiesen.

(2) 1Wird ein Hauptschöffe von der Schöffenliste gestrichen, so tritt der Hilfsschöffe, der nach der Reihenfolge der Hilfsschöffenliste an nächster Stelle steht, unter seiner Streichung in der Hilfsschöffenliste an die Stelle des gestrichenen Hauptschöffen. 2Die Schöffengeschäftsstelle benachrichtigt den neuen Hauptschöffen gemäß § 45 Abs. 4 Satz 3, 4.

(3) 1Maßgebend für die Reihenfolge ist der Eingang der Anordnung oder Feststellung, aus der sich die Notwendigkeit der Heranziehung ergibt, bei der Schöffengeschäftsstelle. 2Die Schöffengeschäftsstelle vermerkt Datum und Uhrzeit des Eingangs auf der Anordnung oder Feststellung. 3In der Reihenfolge des Eingangs weist sie die Hilfsschöffen nach Absatz 1 den verschiedenen Sitzungen zu oder überträgt sie nach Absatz 2 in die Hauptschöffenliste.

4Gehen mehrere Anordnungen oder Feststellungen gleichzeitig ein, so sind zunächst Übertragungen aus der Hilfsschöffenliste in die Hauptschöffenliste nach Absatz 2 in der alphabetischen Reihenfolge der Familiennamen der von der Schöffenliste gestrichenen Hauptschöffen vorzunehmen; im übrigen ist die alphabetische Reihenfolge der Familiennamen der an erster Stelle Angeklagten maßgebend.

(4) 1Ist ein Hilfsschöffe einem Sitzungstag zugewiesen, so ist er erst wieder heranzuziehen, nachdem alle anderen Hilfsschöffen ebenfalls zugewiesen oder von der Dienstleistung entbunden oder nicht erreichbar (§ 54) gewesen sind. 2Dies gilt auch, wenn er selbst nach seiner Zuweisung von der Dienstleistung entbunden worden oder nicht erreichbar gewesen ist.

§ 50

Erstreckt sich die Dauer einer Sitzung über die Zeit hinaus, für die der Schöffe zunächst einberufen ist, so hat er bis zur Beendigung der Sitzung seine Amtstätigkeit fortzusetzen.

§ 51

(1) Ein Schöffe ist seines Amtes zu entheben, wenn er seine Amtspflichten gröblich verletzt hat.

(2) 1Die Entscheidung trifft ein Strafsenat des Oberlandesgerichts auf Antrag des Richters beim Amtsgericht durch Beschluss nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des beteiligten Schöffen. 2Die Entscheidung ist nicht anfechtbar.

(3) 1Der nach Absatz 2 Satz 1 zuständige Senat kann anordnen, dass der Schöffe bis zur Entscheidung über die Amtsenthebung nicht zu Sitzungen heranzuziehen ist. 2Die Anordnung ist nicht anfechtbar.

§ 52

(1) 1Ein Schöffe ist von der Schöffenliste zu streichen, wenn

1. seine Unfähigkeit zum Amt eines Schöffen eintritt oder bekannt wird, oder
2. Umstände eintreten oder bekannt werden, bei deren Vorhandensein eine Berufung zum Schöffenamtsamt nicht erfolgen soll.

2Im Falle des § 33 Nr. 3 gilt dies jedoch nur, wenn der Schöffe seinen Wohnsitz im Landgerichtsbezirk aufgibt.

(2) 1Auf seinen Antrag ist ein Schöffe aus der Schöffenliste zu streichen, wenn er

1. seinen Wohnsitz im Amtsgerichtsbezirk, in dem er tätig ist, aufgibt oder
2. während eines Geschäftsjahres an mehr als 24 Sitzungstagen an Sitzungen teilgenommen hat.

2Bei Hauptschöffen wird die Streichung nur für Sitzungen wirksam, die später als zwei Wochen nach dem Tag beginnen, an dem der Antrag bei der Schöffengeschäftsstelle eingeht.

3Ist einem Hilfsschöffen eine Mitteilung über seine Heranziehung zu einem bestimmten

Sitzungstag bereits zugegangen, so wird seine Streichung erst nach Abschluß der an diesem Sitzungstag begonnenen Hauptverhandlung wirksam.

(3) 1Ist der Schöffe verstorben oder aus dem Landgerichtsbezirk verzogen, ordnet der Richter beim Amtsgericht seine Streichung an. 2Im Übrigen entscheidet er nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des beteiligten Schöffen.

(4) Die Entscheidung ist nicht anfechtbar.

(5) Wird ein Hilfsschöffe in die Hauptschöffenliste übertragen, so gehen die Dienstleistungen vor, zu denen er zuvor als Hilfsschöffe herangezogen war.

(6) 1Hat sich die ursprüngliche Zahl der Hilfsschöffen in der Hilfsschöffenliste auf die Hälfte verringert, so findet aus den vorhandenen Vorschlagslisten eine Ergänzungswahl durch den Ausschuß statt, der die Schöffenwahl vorgenommen hatte. 2Der Richter beim Amtsgericht kann von der Ergänzungswahl absehen, wenn sie in den letzten sechs Monaten des Zeitraums stattfinden müßte, für den die Schöffen gewählt sind. 3Für die Bestimmung der Reihenfolge der neuen Hilfsschöffen gilt § 45 entsprechend mit der Maßgabe, daß die Plätze im Anschluß an den im Zeitpunkt der Auslosung an letzter Stelle der Hilfsschöffenliste stehenden Schöffen ausgelost werden.

§ 53

(1) 1Ablehnungsgründe sind nur zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb einer Woche, nachdem der beteiligte Schöffe von seiner Einberufung in Kenntnis gesetzt worden ist, von ihm geltend gemacht werden. 2Sind sie später entstanden oder bekannt geworden, so ist die Frist erst von diesem Zeitpunkt zu berechnen.

(2) 1Der Richter beim Amtsgericht entscheidet über das Gesuch nach Anhörung der Staatsanwaltschaft. 2Die Entscheidung ist nicht anfechtbar.

§ 54

(1) 1Der Richter beim Amtsgericht kann einen Schöffen auf dessen Antrag wegen eingetretener Hinderungsgründe von der Dienstleistung an bestimmten Sitzungstagen entbinden. 2Ein Hinderungsgrund liegt vor, wenn der Schöffe an der Dienstleistung durch unabwendbare Umstände gehindert ist oder wenn ihm die Dienstleistung nicht zugemutet werden kann.

(2) 1Für die Heranziehung von Hilfsschöffen steht es der Verhinderung eines Schöffen gleich, wenn der Schöffe nicht erreichbar ist. 2Ein Schöffe, der sich zur Sitzung nicht einfindet und dessen Erscheinen ohne erhebliche Verzögerung ihres Beginns voraussichtlich nicht herbeigeführt werden kann, gilt als nicht erreichbar. 3Ein Hilfsschöffe ist auch dann als nicht erreichbar anzusehen, wenn seine Heranziehung eine Vertagung der Verhandlung oder eine erhebliche Verzögerung ihres Beginns notwendig machen würde. 4Die Entscheidung darüber, daß ein Schöffe nicht erreichbar ist, trifft der Richter beim Amtsgericht. 5§ 56 bleibt unberührt.

§ 55

Die Schöffen und Vertrauenspersonen des Ausschusses erhalten eine Entschädigung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

§ 56

(1) 1Gegen Schöffen und Vertrauenspersonen des Ausschusses, die sich ohne genügende Entschuldigung zu den Sitzungen nicht rechtzeitig einfinden oder sich ihren Obliegenheiten in anderer Weise entziehen, wird ein Ordnungsgeld festgesetzt. 2Zugleich werden ihnen auch die verursachten Kosten auferlegt.

(2) 1Die Entscheidung trifft der Richter beim Amtsgericht nach Anhörung der Staatsanwaltschaft. 2Bei nachträglicher genügender Entschuldigung kann die Entscheidung

ganz oder zum Teil zurückgenommen werden. ³Gegen die Entscheidung ist Beschwerde des Betroffenen nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung zulässig.

§ 57

Bis zu welchem Tag die Vorschlagslisten aufzustellen und dem Richter beim Amtsgericht einzureichen sind, der Ausschuß zu berufen und die Auslosung der Schöffen zu bewirken ist, wird durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

§ 58

(1) ¹Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung einem Amtsgericht für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte die Strafsachen ganz oder teilweise, Entscheidungen bestimmter Art in Strafsachen sowie Rechtshilfersuchen in strafrechtlichen Angelegenheiten von Stellen außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes zuzuweisen, sofern die Zusammenfassung für eine sachdienliche Förderung oder schnellere Erledigung der Verfahren zweckmäßig ist. ²Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.

(2) ¹Wird ein gemeinsames Schöffengericht für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte eingerichtet, so bestimmt der Präsident des Landgerichts (Präsident des Amtsgerichts) die erforderliche Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen und die Verteilung der Zahl der Hauptschöffen auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke. ²Ist Sitz des Amtsgerichts, bei dem ein gemeinsames Schöffengericht eingerichtet ist, eine Stadt, die Bezirke der anderen Amtsgerichte oder Teile davon umfaßt, so verteilt der Präsident des Landgerichts (Präsident des Amtsgerichts) die Zahl der Hilfsschöffen auf diese Amtsgerichte; die Landesjustizverwaltung kann bestimmte Amtsgerichte davon ausnehmen. ³Der Präsident des Amtsgerichts tritt nur dann an die Stelle des Präsidenten des Landgerichts, wenn alle beteiligten Amtsgerichte seiner Dienstaufsicht unterstehen.

(3) Die übrigen Vorschriften dieses Titels sind entsprechend anzuwenden.